

II-3591 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1780 13

1991-10-23

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Einführung der Lehrlings- bzw. Auszubildendenfreifahrt

Am 26. Juni 1991 wurde von der Österreichischen Gewerkschaftsjugend in der Parlamentsdirektion und damit den Parteien eine Bürgerinitiative mit rund 2000 Unterschriften für Lehrlings- bzw. Auszubildendenfreifahrt überreicht. Aufgrund der absolut niedrigen Lehrlingsentschädigung, vor allem im 1. Lehrjahr mit rund S 3.500,--, stellt die Anfahrt für Lehrlinge bzw. für Auszubildende eine schwere finanzielle Belastung dar. Im Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP wurde im Herbst 1990 die Einführung der Lehrlingsfreifahrt für diese Legislaturperiode angekündigt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundesminister für Finanzen folgende schriftliche

ANFRAGE:

1. Wieviele Jugendliche sind in Österreich derzeit hinsichtlich fehlender Freifahrt schlechter gestellt als die Jugendlichen, die eine Schülerfreifahrt in Anspruch nehmen können?
2. Wann beabsichtigt der Finanzminister die im Koalitionsübereinkommen angekündigte Einführung der Lehrlingsfreifahrt?
3. Welche Zusatzkosten budgetiert der Finanzminister für diese Lehrlingsfreifahrten?
4. Kann der Finanzminister garantieren, daß in diesem Punkt das Arbeitsübereinkommen der Koalition eingehalten wird und daß die Lehrlingsfreifahrt spätestens bis zum Ende dieser Legislaturperiode fixiert wird?